SEITE 2
Gastbeitrag von Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

SEITE 3
Bilanz: Gleiche Chancen schaffen

SEITE 4/5
Im Interview: Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Fraktion

SEITE 6
Neuregelung der Bund-Länder-Finanzen

SEITE 7
Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion

SEITE 8
Arbeiten in der digitalen Welt

GUTE ARBEIT

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Ausgabe 2/2017

Mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Die SPD-Fraktion hat zahlreiche Verbesserungen für die Beschäftigten durchgesetzt. Eine Bilanz.

„Wir haben eine ganze Menge konkrete Reformen auf den Weg gebracht, die das Leben der Menschen in Deutschland spürbar besser gemacht haben“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann über die Arbeit der SPD-Fraktion in der Großen Koalition. Dabei ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar: Wer die Menschen unterstützen will, muss bei den Beschäftigten und der Frage nach gerechter Entlohnung anfangen.

Die Ziele der SPD-Fraktion: Arbeitnehmerrechte stärken, Lohndumping und Diskirminierung bekämpfen.

Mindestlohn macht Jobs besser

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn hat die SPD-Fraktion deshalb dafür gesorgt, dass Arbeit in Deutschland wieder einen Wert hat. Von seiner Einführung haben rund vier Millionen Beschäftigte profitiert, vor allem in Branchen, in denen tarifliche Schutzstandards fehlen. Heute ist klar: Der Mindestlohn hat keine Jobs vernichtet. Er hat Jobs besser gemacht.

Klar ist auch: Der Mindestlohn ist nur das Minimum. Auch die Tarifbindung hat die SPD-Fraktion gestärkt. Tarifverträge können jetzt leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Beschäftigte und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Arbeitgeberverbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Und der Grundsatz „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ sorgt dafür, dass starke Gewerkschaften das Wohl aller Beschäftigten im Blick haben können.

Den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen hat die Koalition auf Druck der SPD-Fraktion mit einem Gesetz eingedämmt. Leiharbeit soll Unternehmen helfen, Auftragsspitzen zu bewältigen – auf diese Kernfunktion haben die Sozialdemokraten das Instrument wieder beschränkt. Konkret: Wenn Leiharbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer länger als 18 Monate in einem Entleihbetrieb arbeiten, müssen sie dort eingestellt werden. Bereits nach neun Monaten erhalten sie Anspruch auf den gleichen Lohn wie die Stammbelegschaft. Abweichungen von diesen Fristen gibt es nur in Absprache mit Gewerkschaften oder Betriebsräten – durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen. Das stärkt die Tarifbindung. Außerdem hat die Koalition es Arbeitgebern erschwert, mit illegalen Werkverträgen arbeitsrechtliche Schutzstandards zu umgehen.

Die gesetzliche Frauenquote macht Qualifikation statt Geschlecht zum Kriterium für Top-Jobs. Und das Entgeltgleichheitsgesetz ist ein zentraler Schritt bei der Bekämpfung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. Mit einem Anspruch auf Transparenz über die Entgeltregelungen in Unternehmen können Benachteiligungen besser erkannt werden.

Bessere und sichere Renten

Und auch für die Zeit nach dem Job hat die SPD-Fraktion entscheidende Verbesserungen durchgesetzt. Frühere abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, höhere Erwerbsminderungsrente, stärkere Betriebsrenten: Mit zahlreichen Maßnahmen hat die SPD-Fraktion die Rente stärker und sicherer gemacht, im Sinne der Beschäftigten.

„Die SPD hat in den vergangenen vier Jahren viel erreicht“, sagt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast. „Wir werden auch in Zukunft nicht nachlassen, für gute und sichere Arbeit zu sorgen und die Mitbestimmung auszubauen.“

Mehr zur Bilanz auf Seite 3 und im Interview auf Seite 4/5.

Der Mindestlohn in Zahlen

- *8,84 Euro: Zum 1. Januar 2017 wurde der Mindestlohn um 34 Cent pro Stunde erhöht.*
- *Rund 4 Millionen Menschen haben von der Einführung des Mindestlohns profitiert.*
- *62 Prozent der Menschen, die den Mindestlohn erhalten, sind Frauen.*
- *8 von 10 Mindestlohnempfänger arbeiten in Betrieben ohne Tarifbindung.*
- *Anfang 2015 befürworteten 86 Prozent der Deutschen die Einführung des Mindestlohns.*

FOTOS: FOTOLIA.COM/ RAWPIXEL.COM ; GERRIT SIEVERT; IGBCE-STEFAN KOCH; SPD-BUNDESTAGSFRAKTION/ANDREAS AMANN

Meldungen

Gerechtere Renten

Neben dem Betriebsrentenstärkungsgesetz hat der Bundestag Anfang Juni mit zwei Gesetzen auch bei der gesetzlichen Rente für Verbesserungen gesorgt. So wird die Deutsche Einheit bis zum Jahr 2025 endlich auch in der Rentenversicherung erreicht. Bis dahin werden die unterschiedlichen Rentenwerte zwischen Ost und West schrittweise angeglichen. Zugleich werden die Ost-Verdienste ab 2025 nicht mehr hochgewertet. Mit dem 1. Januar 2025 gibt es dann keine Unterschiede mehr bei der Rentenberechnung in Ost- und Westdeutschland: Das ist sozial gerecht, entspricht dem Wunsch eines Großteils der Bevölkerung und stärkt den Zusammenhalt in unserem Land.

Auch bei der Erwerbsminderungsrente gibt es Verbesserungen: Wer künftig aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig wird, erhält eine höhere Erwerbsminderungsrente. Dafür wird die sogenannte Zurechnungszeit um drei Jahre auf 65 Jahre erhöht. Betroffene sind damit bei der Rente so gestellt, als ob sie bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet hätten. Die Verlängerung der Zurechnungszeit erfolgt dabei schrittweise ab 2018. Im Jahr 2024 wird die Anhebung abgeschlossen. ■

Koalition stärkt Betriebsrenten

Mehr Betriebsrenten für Beschäftigte mit geringen Einkommen: Die Koalition stärkt die betriebliche Altersvorsorge.

Die betriebliche Altersvorsorge gilt als die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Rund 60 Prozent der Beschäftigten haben heute Anwartschaften auf eine Betriebsrente. Bislang profitieren aber vor allem die oberen Gehaltsgruppen in großen Betrieben davon. Beschäftigte in kleineren und mittleren Unternehmen oder mit niedrigen Einkommen haben das Nachsehen.

Um das zu ändern, hat der Bundestag Anfang Juni das Betriebsrentenstärkungsgesetz beschlossen. Die Ziele: mehr Anreize für Beschäftigte mit geringen Einkommen, eine Zusatzrente aufzubauen – weniger Hürden für kleine und mittlere Unternehmen, Betriebsrenten anzubieten.

Mehr Betriebsrenten für mehr Beschäftigte: Damit die Rente im Alter reicht.

Sozialpartnermodell

Bisher scheuen kleine und mittlere Betriebe den Aufwand, für ihre Beschäftigten Betriebsrenten anzubieten. Auf sie zielt das neue Sozialpartnermodell ab: Arbeitgeber und Gewerkschaften können damit künftig in Tarifverträgen gemeinsam ein Betriebsrentenmodell vereinbaren. Darin sagen die Arbeitgeber einen verbindlichen Beitrag für eine Zielrente zu. Gleichzeitig entfällt für die Unternehmen das Risiko, für die Betriebsrenten zu haften. Die Koalition schafft damit ein Modell der betrieblichen Altersvorsorge ohne Garantien, das aber umfangreiche Sicherungsmaßnahmen und im Ergebnis hohe Renditemöglichkeiten vorsieht. So werden mehr Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen von einer betrieblichen Altersvorsorge profitieren.

Zusatzrenten bei geringem Lohn

Weitere Maßnahmen des Gesetzes sollen es vor allem Beschäftigten mit niedrigen Einkommen ermöglichen, eine Zusatzrente aufzubauen. Dafür erhalten Arbeitgeber, die sich an den Betriebsrenten ihrer Beschäftigten mit niedrigen Einkommen beteiligen, künftig eine steuerliche Förderung.

Schon heute können Beschäftigte mit der Entgeltumwandlung einen Teil ihres Bruttolohns sozialabgabenfrei für eine Betriebsrente umwandeln. Arbeitgeber sparen dadurch bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Künftig sind sie verpflichtet, diese Einsparungen in die Altersvorsorge ihrer Beschäftigten einzuzahlen.

Zudem sollen Zusatzrenten nicht mehr voll auf die Grundsicherung angerechnet werden. Hier gelten Freibeträge von bis zu 200 Euro. Damit lohnt sich der Aufbau einer zusätzlichen Rente auch für diejenigen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind. Daneben erhöht die Koalition die staatliche Zulage zur Riester-Rente von 154 Euro auf 175 Euro pro Jahr, auch das unterstützt Beschäftigte mit niedrigen bis mittleren Einkommen. ■

Reform der Betriebsrenten: Rückenwind für bessere Renten

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) über das Betriebsrentenstärkungsgesetz.

Ein kraftraubendes Gezerre um das Gesetz zur Stärkung der Betriebsrenten liegt hinter uns. Doch das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die vom Bundestag beschlossene Reform ist ein großer Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Rentenniveaus insgesamt. Viele Menschen können sich nun Hoffnung auf eine zweite Rente machen, die den Namen auch verdient.

Die Instrumente mögen auf den ersten Blick überraschen. Denn die Arbeitgeber werden „enthaftet“, müssen den Beschäftigten also keine klar definierte Leistung im Alter mehr garantieren. Was daran für die Bürger reizvoll sein soll? Mehr als man denkt.

Die Haftungsrisiken sind die größte Hürde auf dem Weg zu einer Verbreiterung der Betriebsrente. Durch die Nullzinspolitik der EZB werfen die Kapitalanlagen nicht mehr genügend Rendite ab. Die Betriebe müssen immer mehr Geld aus eigenen Mitteln aufbringen, um die aktuellen Zusagen und Anforderungen an Pensionsrücklagen zu erfüllen. Man muss kein Kapitalist sein, um zu erkennen: So gewinnt man kein Unternehmen mehr für die betriebliche Altersversorgung.

Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz wird diese Hürde beiseite geräumt. Die Altersvorsorgeeinrichtungen können das Kapital flexibler anlegen – und damit die Renditechancen für die Mitarbeiter verbessern. Enthaftet wird aber nur, wer die betriebliche Altersvorsorge tarifvertraglich regelt. Damit bekommen die Tarifpartner die Chance (und die Verantwortung), für die Beschäftigten einer Branche oder eines Unternehmens ein möglichst attraktives und sicheres Paket zu schnüren. Sie können das am besten – denn keiner kennt das jeweilige wirtschaftliche Umfeld so gut wie sie.

Wir in der IG BCE verstehen die Reform deshalb als Rückenwind und Ansporn für unser Bestreben, den Beschäftigten in unseren Branchen zu einer besseren Rente zu verhelfen. Wir sind Vorreiter bei der tariflichen Altersvorsorge. Auf diesem Weg werden wir nun mit noch größerem Engagement weitergehen. ■

Michael Vassiliadis ist seit 2009 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

FOTOS: IGBCE-STEFAN KOCH / HIGHWAYSTARZ - FOTOLIA.COM

Gleiche Chancen schaffen

Nicht nur mit ihrer Arbeitsmarktpolitik hat die SPD-Fraktion das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger verbessert. Eine Übersicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht für ein freies und vielfältiges Land. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben, ihr Leben so zu leben, wie sie es sich wünschen. Gleiche Rechte und Teilhabe an Bildung und Arbeit müssen gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg möglich machen. Ein starker und handlungsfähiger Staat stellt die dafür nötige Infrastruktur bereit und garantiert soziale und öffentliche Sicherheit. Für all das hat die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen vier Jahren gekämpft.

Gleiche Bildungschancen:
Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass der Bund wieder mehr in die Bildungsinfrastruktur von Ländern und Kommunen investieren kann – und auch investiert. Zudem leistet der Bund seinen Beitrag zur Ausstattung von Krippen und Kitas (4,1 Milliarden Euro) und schafft durch eine Erhöhung des BAföG mehr Chancengleichheit.

Gleiche Chancen für Frauen:
Die gesetzliche Frauenquote und das Entgeltgleichheitsgesetz sorgen dafür, dass es für Frauen auf dem Arbeitsmarkt gerechter zugeht.

Integration fördern und fordern:
Die Koalition hat für ankommende Flüchtlinge das Kursangebot für Sprachunterricht ausgeweitet und einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen. Geduldete Azubis erhalten eine Duldung für die gesamte Dauer der Ausbildung. Wenn sich eine Beschäftigung anschließt, wird das Aufenthaltsrecht für weitere zwei Jahre verlängert. Über gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten können Asylsuchende erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt sammeln.

Inklusion durch Teilhabe:
Das Bundesteilhabegesetz ermöglicht Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben. Es steht für einen Systemwechsel, indem es die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem" der Sozialhilfe ausgliedert.

In Sicherheit leben:
Mit mehr Polizei, einem starken Rechtsstaat und Prävention hat die Koalition den Schutz vor Terror und Kriminalität verbessert, um unsere Freiheit zu verteidigen. Die Koalition hat das Strafrecht jüngst noch einmal zur besseren Bekämpfung des Terrors verschärft und ein Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus verabschiedet. Zudem hat die SPD-Fraktion 4.300 neue Stellen bei der Bundespolizei durchgesetzt und für mehr Personal beim Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz gesorgt.

Starke Kommunen:
Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas oder Schwimmbäder bereitstellen. Deshalb hat die Koalition Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe entlastet, etwa durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, oder die Unterstützung beim Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern. Dazu stärkt der Bund gezielt die Investitionskraft finanzschwacher Kommunen mit einem kommunalen Investitionsfonds.

Mehr Zeit für Familie:
Das ElterngeldPlus gibt Müttern und Vätern noch mehr Flexibilität bei der Aufteilung der Elternzeit und unterstützt sie bei ihren individuellen Lebensentwürfen. Pflegende Angehörige bekommen für akute Pflegefälle das Recht auf eine zehntägige Auszeit samt Unterstützungsgeld. Für längere Auszeiten gibt es Anspruch auf Familienpflegezeit. Für Alleinerziehende hat die Koalition den steuerlichen Freibetrag erhöht und den Unterhaltsvorschuss ausgeweitet.

Bezahlbares Wohnen:
Mietpreisbremse, höheres Wohngeld und mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau sorgen dafür, dass gutes Wohnen nicht zum Luxusgut wird. Die Bundesmittel, die die Länder für die soziale Wohnraumförderung erhalten, hat die Koalition deshalb 2016 auf mehr als 1 Milliarde Euro verdoppelt. Ab 2017 steigen sie auf 1,5 Milliarden Euro. Zudem hat die Koalition die Städtebauförderung auf 790 Millionen Euro jährlich erhöht.

Gesund bleiben:
In Regionen, die ärztlich unterversorgt sind, haben Patientinnen und Patienten vereinfachten Zugang zur ambulanten Behandlung in Krankenhäusern. Die Krankenhausreform sorgt dafür, dass mehr Geld für jene Krankenhäuser zur Verfügung steht, die in ihr Pflegepersonal investieren und es anständig bezahlen.

Gute Pflege:
Die SPD-Fraktion hat bessere Leistungen für Pflegebedürftige durchgesetzt. Pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Durch den neuen Pflegebegriff erhalten 500.000 Menschen zusätzlich Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung. ■

Mehr Infos zu allen Themen:
www.spdfraktion.de

Editorial

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser, zum Ende der Legislaturperiode ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Wir sind die treibende Kraft in dieser Koalition und konnten vieles für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen – auch wenn wir es häufig unserem Koalitionspartner in harten Verhandlungen abringen mussten. Dazu gehört vor allem der Mindestlohn, für den wir viele Jahre gekämpft haben und der ein voller Erfolg ist. Wir haben auch dafür gesorgt, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen in den Betrieben ein Ende findet. Mit der Reform der Betriebsrenten werden viel mehr Arbeitnehmer von dieser Form der Altersvorsorge profitieren. Und wer aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig wird, erhält eine höhere Erwerbsminderungsrente. Es ist uns auch gelungen, etwas gegen die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu unternehmen. Beschäftigte werden zukünftig überprüfen können, ob sie schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen. All dies sind große Erfolge unserer Politik. Es ärgert mich aber gewaltig, dass die Unionsfraktion die Umsetzung anderer wichtiger Projekte blockiert hat, bei denen es um die Interessen von Frauen und Geringverdienern geht. Wir hatten eine Mindestrente für Geringverdiener vereinbart, die ihr Leben lang in die Rentenkasse eingezahlt haben. Es ist für uns eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit, dass ihre Rente höher ist als die Grundsicherung. Dies ist ebenso am Widerstand der CDU/CSU-Fraktion gescheitert wie das Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit, das ein ganz wichtiger Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wäre. Auch unsere Forderung, die Befristung von Arbeitsverträgen nur noch bei Vorliegen eines triftigen Grunds zuzulassen, war mit dem Koalitionspartner nicht zu machen. Wir werden uns aber weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass diese wichtigen Vorhaben Realität werden. ■

FOTO: ; SPDFRAKTION.DE (SUSI KNOLL/FLORIAN JÄNICKE)

»Die Menschen dürfen von der Politik zu Recht gute Arbeit erwarten«

In der Arbeitsmarktpolitik habe die SPD-Fraktion sehr viel erreicht, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann. Im Interview zieht er Bilanz seiner ersten vier Jahren als Fraktionschef und erklärt, wie man das Vertrauen in die Politik stärken kann.

Sie haben bald vier Jahre als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion hinter sich. Mögen Sie ihren Job noch?

Ja, ich bin gerne Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Das ist eine tolle, schlagkräftige Truppe. Die engagierte Zusammenarbeit der SPD-Abgeordneten und unserer Minister lässt die Bilanz der Großen Koalition sehr gut aussehen.

Wie fällt ihre persönliche Bilanz über Ihre Zeit als Fraktionsvorsitzender aus?

Bevor ich das Amt angetreten habe, hatte ich gehörigen Respekt vor den großen Fußstapfen, die meine Vorgänger von Kurt Schumacher über Herbert Wehner, Peter Struck bis hin zu Frank-Walter Steinmeier hinterlassen haben. Inzwischen glaube ich, dass es mir gelungen ist, die Aufgabe zu erfüllen. Aber die Bewertung überlasse ich anderen.

„Die Einführung des Mindestlohns war eine Frage der Gerechtigkeit“

Zu Beginn der Legislaturperiode war es das erklärte Ziel der SPD-Fraktion, mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Wie nahe sind Sie diesem Ziel gekommen?

Wir haben sehr viel erreicht. Besonders wichtig war auf jeden Fall die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Das war erstens eine Frage der Gerechtigkeit, denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich wurden zuvor immer öfter mit Dumping-Löhnen abgespeist.

Zweitens war der Mindestlohn ein enormes Konjunkturprogramm, weil wir damit die Nachfrage kräftig angekurbelt haben. Auch der Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit hat für mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Andrea Nahles hat als Arbeitsministerin einen sehr, sehr guten Job gemacht.

„Das Integrationsgesetz ist ein Meilenstein für unser Land“

Welche Gesetze würden Sie neben der Arbeitsmarktpolitik besonders hervorheben?

Ich glaube, dass das Integrationsgesetz ein Meilenstein für unser Land war. Deswegen bin ich froh, dass unser Koalitionspartner unserer Initiative gefolgt ist. Mit diesem Gesetz haben wir erstmals klare Regeln, was wir von Menschen, die zu uns kommen, erwarten. Und wir bieten ihnen gute Möglichkeiten, sich rasch in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Außerdem haben wir für mehr Transparenz bei den Löhnen gesorgt. Insbesondere werden damit verdeckte Benachteiligungen von Frauen erkannt, die wir so beseitigen wollen. Kompetenzen und Fähigkeiten müssen ohne Diskriminierung bewertet werden, Gehaltsverhandlungen müssen auf Augenhöhe erfolgen.

Auf der anderen Seite hat der Koalitionspartner auch wichtige Vorhaben blockiert, zum Beispiel das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Ehe für Alle. Woran lag es?

Gegen Ende der Legislaturperiode ist klar geworden, dass der Koalitionspartner nicht mehr bereit war, Pläne der SPD-Bundestagsfraktion für mehr Gerechtigkeit mitzutragen. Das ging sogar soweit, dass sie Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag verhindert haben, indem sie kompromisslos an untragbaren Bedingungen festgehalten haben. Nach ihren Vorstellungen hätte das Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle für einen verschwindend geringen Teil der Betroffenen gegolten. Millionen Frauen hätten weiterhin in der Teilzeitfalle festgesessen oder wären dort hineingeraten. Es ging der CDU/CSU-Fraktion offenbar weniger um die

„Wer jahrzehntelang im Niedriglohnsektor geschuftet hat, darf im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen sein“

FOTO: GERRIT SIEVERT

Zur Person

Thomas Oppermann (62) ist seit Dezember 2013 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Zuvor war der Jurist zwischen 2007 und 2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Seine politische Karriere hat Thomas Oppermann in Niedersachsen begonnen. Der ehemalige Richter war 15 Jahre lang Mitglied des niedersächsischen Landtages (1990-2005) und von 1998 bis 2005 war er Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen. ■

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann: „Das Vertrauen in die SPD-Fraktion hat wieder ein starkes Fundament“.

Sache, sondern darum, eine wirklich gute Idee von Andrea Nahles zu torpedieren.

Gibt es andere Bereiche, in denen Sie sich außerdem noch weitere Fortschritte gewünscht hätten?

Konkret hatten wir im Koalitionsvertrag die Einführung einer solidarischen Mindestrente für langjährig Beschäftigte vereinbart. Wer jahrzehntelang im Niedriglohnsektor geschuftet hat, darf im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen sein. Das ist eine grundlegende Frage des Respekts vor der Lebensleistung dieser Menschen. Auch dies hat die Union verhindert. Wir werden uns aber weiter mit Nachdruck hierfür einsetzen. Davon unabhängig mussten wir feststellen, dass die Unionsfraktion in zentralen Zukunftsfragen nicht an fortschrittlichen Konzepten interessiert ist. Sei es ein modernes Einwanderungsgesetz, sei es eine zeitgemäße Familienpolitik.

In der öffentlichen Wahrnehmung scheint das Vertrauen in die Politik in den letzten Jahren gesunken zu sein. Wie passt das mit der eigentlich positiven Bilanz der Koalition zusammen?

Das sehe ich etwas anders. Gerade in den vergangenen Jahren hat zunächst eine Radikalisierung von Rechts stattgefunden, die eine Gegenbewegung ausgelöst hat: Eine Politisierung von der linken Mitte. Die Erfolge der AfD im Zuge der Flüchtlingssituation in Deutschland, der Brexit und die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten haben dazu geführt, dass viele Menschen gesagt haben: Jetzt muss ich mich auch selbst einbringen für den Erhalt unserer Demokratie, für unsere offene und freie Gesellschaft.

In der Großen Koalition haben wir in der Tat gerade aus sozialdemokratischer Perspektive insgesamt eine sehr positive Bilanz. Aber die Menschen dürfen auch zu Recht gute Arbeit ihrer Regierung erwarten, das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

„Vertrauen gewinnt man durch gute Arbeit, gute Vorschläge und ein ehrliches Miteinander“

Wie gewinnt man mehr Vertrauen in die Politik bzw. in die Eliten insgesamt?

Durch gute Arbeit, gute Vorschläge und ein ehrliches Miteinander. Vertrauen verliert die Politik vor allem, wenn die Menschen das Gefühl haben, Politiker würden sie nicht ernst nehmen und schlimmstenfalls hinter die Fichte führen. Ein Vertrauensverlust passiert sehr schnell, Vertrauen wiederzugewinnen dauert ungleich länger. Vertrauen ist wie hartes Holz – es wächst sehr langsam. Gerade deswegen bin ich mit der soliden Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition sehr zufrieden. Das Vertrauen in die Fraktion hat wieder ein starkes Fundament. ■

„Es gibt bei uns derzeit eine Politisierung von der linken Mitte“

Mit dem Mindestlohn hat die Koalition vor allem im Niedriglohnsektor für mehr Gerechtigkeit gesorgt.

FOTOS: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION / ANDREAS AMANN; SEBASTIANO FANCELLU/FOTOLIA.COM

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Meldungen

Alleinerziehende unterstützen

Geschätzte zwei Millionen Kinder in Deutschland leben bei nur einem Elternteil – Tendenz steigend. Die Erziehung übernehmen dabei in fast 90 Prozent der Fälle Frauen. Sie arbeiten häufig in Teilzeit und oft fehlt es ihnen an Geld, vor allem wenn der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt. In solchen Fällen springt der Staat ein und zahlt einen Unterhaltsvorschuss. Bisher allerdings nur maximal sechs Jahre und bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes. Zahlt der Ex-Partner danach weiterhin nicht, fehlt dieses Geld komplett. Für die SPD-Fraktion ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass Alleinerziehende und ihre Kinder nicht in Armut geraten. Deshalb haben die Sozialdemokraten bei der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzen eine Reform des Unterhaltsvorschusses durchgesetzt. Ab dem 1. Juli 2017 wird er bis zum 18. Lebensjahr gezahlt. Die Begrenzung der Bezugsdauer entfällt. Der Bund beteiligt sich stärker an den Kosten. „Wir verbessern damit nicht nur die Situation von Alleinerziehenden, sondern wir stärken auch Kinder, die von der Trennung der Eltern betroffen sind", sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. ■

Bund sorgt für gleichwertige Lebensverhältnisse

Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen trägt der Bund mehr Verantwortung dafür, dass es zwischen den Regionen gerecht zugeht.

Zwei Jahre lang haben Bundesregierung und Länder verhandelt: Jetzt hat auch der Bundestag einer Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen zugestimmt und damit auch umfangreiche Verfassungsänderungen beschlossen. Die SPD-Fraktion hat in der parlamentarischen Beratung wichtige Kernforderungen durchgesetzt.

Im Jahr 2019 läuft der Solidarpakt aus. Die Reform verschafft den Ländern die notwendige Rechtssicherheit, um auch danach ihre Aufgaben erfüllen zu können und gleichzeitig die Schuldenbremse einhalten zu können. Dafür übernimmt der Bund eine deutlich stärkere Rolle beim Ausgleich zwischen den Bundesländern. Ab 2020 unterstützt er die Länder zusätzlich mit rund 10 Milliarden Euro jährlich – und erhält in einigen Feldern zusätzliche Kontroll- und Steuerungsrechte.

„Mit der Bund-Länder-Finanzreform steht der Bund künftig stärker in der Verantwortung, für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu sorgen", sagt SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider. Die Verantwortung des Bundes müsse sich künftig auch darin zeigen, dass er insbesondere die strukturschwachen Regionen stärke, so Schneider. „Unsere Leitlinie sind gleichwertige Lebensverhältnisse, egal ob man in Ingolstadt, Lüneburg oder Erfurt lebt." Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Chance auf ein gutes Leben in unserem Land darf nicht vom Wohnort abhängen.

Ob Stadt oder Land: Die Chance auf ein gutes Leben darf nicht vom Wohnort abhängen.

Keine Autobahnprivatisierung

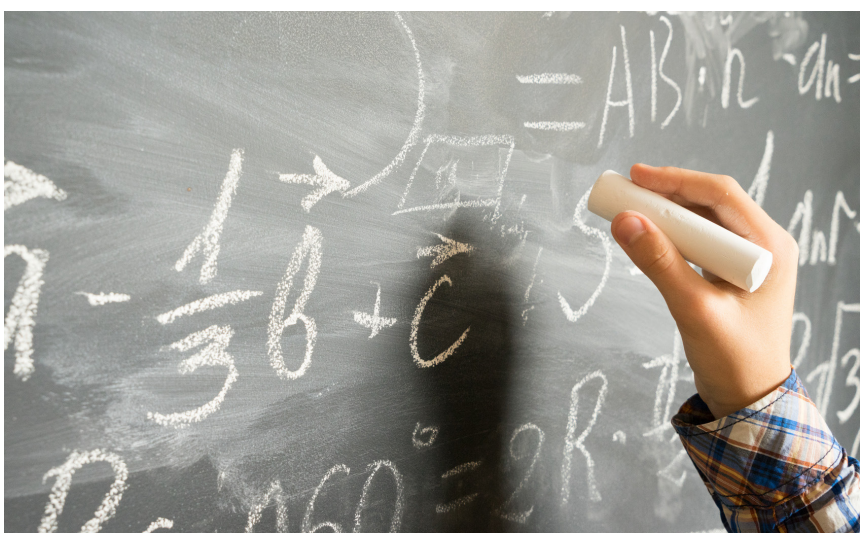
Teil des Gesetzpakets ist zudem die Gründung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes. Sie soll die Planung, den Bau und die Verwaltung der Autobahnen und weiterer Bundesstraßen übernehmen. Dabei hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass es auch in Zukunft keine Privatisierung von Autobahnen und Bundesstraßen geben darf, weder ganz noch teilweise. Der ursprüngliche Gesetzentwurf aus dem Bundesverkehrsministerium hatte weitereichende private Beteiligungsmöglichkeiten vorgesehen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellt klar: „Die Bundesautobahnen gehören den Bürgerinnen und Bürgern, die dafür auch schon mal bezahlt haben." ■

www.spdfraktion.de

Gut für Schulen: Das Kooperationsverbot ist aufgebrochen

Schulpolitik ist in Deutschland Sache der Länder. Seit 2006 besteht das sogenannte Kooperationsverbot. Es besagt, dass Bund, Länder und Kommunen bei Bildungsfragen nicht zusammenarbeiten dürfen. Die SPD-Bundestagsfraktion stand der Regelung von Beginn an kritisch gegenüber und hat sich seither dafür eingesetzt, das Kooperationsverbot wieder zurückzunehmen. „Dass die Bundesregierung Schulen in Burundi fördern kann, aber nicht in Gelsenkirchen, ist kaum nachvollziehbar", sagt Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Trotzdem beharrte die Union lange auf die getrennte Verantwortung von Bund und Ländern in der Bildungspolitik.

In den Verhandlungen über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen ist der SPD-Fraktion jetzt ein entscheidender Schritt gelungen: Der Bund darf künftig finanzschwache Kommunen unterstützen und gezielt in die kommunale Bildungsinfrastruktur investieren. Er kann mithelfen, Klassenzimmer, Turnhallen und Fachunterrichtsräume zu modernisieren und einen Beitrag für gleiche Bildungs- und Lebenschancen leisten. Gefördert werden außerdem Maßnahmen, die der Barrierefreiheit in den Schulen dienen. Das Kooperationsverbot in der Schulpolitik ist damit aufgebrochen.



Der Bund darf künftig finanzschwache Kommunen bei der Schulsanierung unterstützen.

Als ersten Schritt stellt der Bund für die Schulsanierung 3,5 Milliarden Euro über den Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen bereit.

„Die neue Fördermöglichkeit des Bundes ist ein Instrument für Chancengerechtigkeit. Der Bund nimmt seine gesamtstaatliche Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse wahr und unterstützt Kinder in den Kommunen, die es am meisten brauchen", sagt Bernhard Daldrup.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das ein maßgeblicher Schritt zur vollständigen Abschaffung des Kooperationsverbots im Bereich der Bildung. Viel zu lange war es dem Bund verwehrt, Länder und Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann kündigt an: „Der Investitionsstau wird jetzt Schritt für Schritt abgebaut." ■

FOTOS: FOTOLIA.COM/ NEIRFY; FOTOLIA.COM/ SCHULZFOTO

SPD-Fraktion diskutiert mit Betriebs- und Personalräten

Rund 350 Betriebs- und Personalräte diskutierten im Bundestag unter dem Motto „Demokratie in Betrieb und Gesellschaft“.

Für SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann ist die Sache klar: Betriebs- und Personalräte seien die „Stabilitätsanker der sozialen Marktwirtschaft“. Umso wichtiger sind für die SPD-Bundestagsfraktion Austausch und enge Zusammenarbeit mit ihnen. Schon zum 24. Mal hat die SPD-Fraktion deshalb Ende Mai zahlreiche Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen: Rund 350 von ihnen sind der Einladung gefolgt.

Unter dem Motto „Demokratie in Betrieb und Gesellschaft“ diskutierten die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter die aktuellen Herausforderungen durch nationalistische und populistische Strömungen, die auch in den Betrieben zunehmen.

Gemeinsam für mehr Mitbestimmung: Katja Mast, Thomas Oppermann und Andrea Nahles mit 350 Betriebs- und Personalräten im Bundestag.

Mitbestimmung sichert gute Arbeit

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast, erinnerte daran, dass Demokratie nicht an den Werkstoren halt mache: „Mitbestimmung ist Teil unserer freien Gesellschaft“. Gerade in Zeiten, in denen nationalistische Kräfte an Einfluss gewinnen, komme es auf Respekt und fairen Austausch an. Auch in den Betrieben habe sich der Ton der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verändert. „Wir müssen bei Hass und Hetze gemeinsam früh dagegenhalten“, sagte Mast. Außerdem sei die Mitbestimmung ein Bestandteil von guter Arbeit, den es zu stärken gelte.

Derzeit zeige sich, dass mit guten Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und mehr Demokratie Wachstum, hohe Beschäftigung und bessere Löhne erreicht werden könnten, sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Sie forderte, die Mitbestimmung zu modernisieren, denn „das Betriebsverfassungsgesetz ist im IT-Zeitalter als Dampflock unterwegs.“ Das Beschwerderecht von Beschäftigten müsse erweitert werden. Die Union verhindere eine bessere Mitbestimmung: „Im Bundestag wird nur die SPD-Fraktion für eine stärkere Mitbestimmung kämpfen“, sagte die Ministerin. ■

Mehr Infos zu allen Themen:
www.spdfraktion.de

Meldungen

Unionsfraktion verhindert befristete Teilzeit

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion versperrt hunderttausenden Beschäftigten einen Ausweg aus der Teilzeitfalle. Sie hat ein gesetzliches Rückkehrrecht in Vollzeit verhindert. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hatte dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Denn 35 Prozent der Teilzeitbeschäftigten – meist Frauen – würden gerne wieder in ihrer alten Arbeitszeit arbeiten, aber ihr Arbeitgeber verwehrt es ihnen. Die Folgen: geringere Einkommen, geringere Rentenansprüche, geringere Karrierechancen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wer viel leistet – und sogar mehr arbeiten möchte – dem sollen keine Steine in den Weg gelegt werden. Deshalb will die SPD-Fraktion weiterhin einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit.
Die Blockade der Union sei auch wirtschaftspolitisch angesichts des wachsenden Fachkräftemangels und der dringend gebotenen höheren Erwerbstätigkeit von Frauen unsinnig, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Für ihn ist deshalb klar: „Wir kämpfen weiter für ein notwendiges Rückkehrrecht in Vollzeit!“ ■

Pflegekräfte in Krankenhäusern entlasten

Seit Jahren wird in den Medien darüber berichtet, dass in den Krankenhäusern zu wenig Pflegepersonal beschäftigt wird. Die Beschäftigten machen mit ihrer Gewerkschaft ver.di durch Aktionen und Streiks immer wieder auf diesen Zustand aufmerksam. Denn das unterbesetzte Pflegepersonal muss mehr arbeiten, weshalb auch der Krankenstand beim Pflegepersonal in Krankenhäusern ansteigt. Und das geht zu Lasten der Krankenhauspatientinnen und -patienten.

Seit langem hat sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür eingesetzt, dass auf Bundes- und Länderebene verbindliche Personaluntergrenzen eingeführt werden. Jetzt hat der Bundestag ein entsprechendes Gesetz beschlossen. „Pflegekräfte im Krankenhaus werden entlastet und damit die Behandlungsqualität der Patienten verbessert. Dafür haben wir jetzt einen weiteren Baustein gesetzt“, sagt Hilde Mattheis, Sprecherin der AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion.

Weniger Arbeitsdruck bei Pflegekräften bedeutet mehr Zeit für die Patienten.

Das Gesetz sieht vor, dass bis zum 30. Juni 2018 festgelegt wird, wie viel Pflegepersonal Krankenhäuser mindestens beschäftigen müssen – sogenannte Personaluntergrenzen. Sie gelten ab 2019 auf allen Stationen, auf denen die Situation besonders sensibel ist. Die Krankenhäuser dürfen die Mindeststandards nicht umgehen, indem sie zum Beispiel Pflegekräfte aus weniger sensiblen Bereichen abziehen.

Die Regelungen führten dazu, dass ein Krankenhaus gegebenenfalls mehr Pflegekräfte einstellen müsse, sagt Hilde Mattheis. „Der Arbeitsdruck für die individuelle Pflegekraft sinkt und sie kann sich besser um die Versorgung der Patienten kümmern.“

Schon seit diesem Jahr werden die Krankenhäuser durch einen Pflegezuschlag in Höhe von 500 Millionen Euro unterstützt, damit sie dauerhaft mehr Pflegepersonal beschäftigen können. Ab 2019 wird dieser um die Mittel des Pflegestellen-Förderprogramms aufgestockt. Er beträgt dann pro Jahr 830 Millionen Euro. ■

Mehr Infos zu allen Themen:
www.spdfraktion.de

FOTOS: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION/ANDREAS AMANN; FOTOLIA.COM/KZENON

Vorgestellt

Iris Gleicke

Iris Gleicke gehörte 1990 zu den ersten ostdeutschen Mitgliedern im ersten gesamtdeutschen Bundestag. Damals war sie 26 Jahre alt. Heute ist sie 52 und wird das Parlament im September verlassen. Die Thüringerin war SPD-Fraktionsvizin, Parlamentarische Geschäftsführerin, Staatssekretärin im Verkehrs- und jetzt im Wirtschaftsministerium, dazu seit 2014 Ostbeauftragte der Bundesregierung.
Die Ostdeutschen hätten erfahren, dass das Soziale in unserer Marktwirtschaft nicht vom Himmel fällt, sagt Gleicke. „Deshalb wissen wir, dass es durchgesetzt, erzwungen und jeden Tag aufs Neue bewahrt werden muss.“ ■

Joachim Poß

Über 35 Jahre Mitglied des Bundestags, davon allein 14 Jahre als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender: Mit Joachim Poß verlässt die SPD-Fraktion zum Ende der Legislaturperiode eines ihrer profiliertesten Mitglieder. Poß verzichtet auf eine weitere Kandidatur und wird im Herbst aus dem Bundestag ausscheiden. Seit seiner ersten Wahl im Jahr 1980 ist der Sohn eines Bergmanns in seinem Wahlkreis Gelsenkirchen immer direkt gewählt worden. Für den Finanzpolitiker Poß war es dabei stets wichtig, das große Ganze im Blick zu haben: „Politische Ansätze, die langfristig tragen sollen, müssen auch immer dem fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen dienen.“ ■

Wie wollen wir in Zukunft arbeiten? Darüber diskutierte die SPD-Fraktion mit Expertinnen und Experten.

Arbeiten in der digitalen Welt

Wie gestalten wir die Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten? Darüber diskutierte die SPD-Fraktion mit Expertinnen und Experten.

Arbeitswelt und Wirtschaft befinden sich im Wandel – Digitalisierung und elektronische Vernetzung verändern die Art, wie wir leben und arbeiten nachhaltig. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie für Unternehmerinnen und Unternehmer sind mit dieser Entwicklung grundlegende Veränderungen verbunden. Der SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, diesen Wandel sozial gerecht zu gestalten. Ziel muss es sein, Wohlstand und Wohlstandsbeteiligung, Chancengleichheit und soziale Sicherheit in unserem Land auch in Zukunft zu sichern. Auf einer Fachkonferenz im Bundestag in Berlin hat die SPD-Fraktion jetzt gemeinsam mit rund 300 Gästen die Herausforderungen und Perspektiven der Digitalisierung diskutiert.

In vier Fachforen diskutierten die Teilnehmenden über die Auswirkungen der Digitalisierung: Wie passen wir unser Bildungs- und Qualifizierungssystem an den digitalen Wandel an? Welche Chancen und Risiken gibt es bei der Gestaltung der Arbeitszeiten? Wie wirkt die Digitalisierung in einem sozialen Europa? Und was bedeutet sie für unsere wirtschaftliche Entwicklung?

„Wir haben einen Gestaltungsanspruch und wollen diesen Wandel der Arbeitswelt als Chancendebatte führen“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast. Was zu tun sei, denke sich die SPD-Fraktion nicht im stillen Kämmerlein aus. „Wir wollen, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und gemeinsam an den Herausforderungen arbeiten“, erklärte Mast den Anlass für die Konferenz.

Wie wollen wir arbeiten?

Es sei klar, dass wir in Zukunft anders arbeiten, sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Die entscheidende Frage sei jedoch: „Wie wollen wir arbeiten?“ Nahles warnte davor, in einer Opferhaltung darauf zu warten, was mit der Digitalisierung passiert. Im letzten November hat sie nach einem Dialogprozess ein Weißbuch zum Thema Arbeiten 4.0 vorgelegt, das konkrete Vorschläge für die künftige Erwerbstätigkeit unter digitalen Vorzeichen enthält – darunter zum Beispiel eine Wahlarbeitszeit, mit der Beschäftigte über mobiles Arbeiten mehr Spielraum für die Gestaltung ihrer Arbeitszeit bekommen sollen. Für Nahles ist klar: „Wir müssen die Veränderungsprozesse so gestalten, dass sie einen Mehrwert für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben.“

So sieht es auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann. Man dürfe nicht blind sein gegenüber den Risiken des digitalen Wandels, sagte er. „Es werden sicherlich Berufsbilder wegfallen.“ Gleichzeitig werde aber auch ganz sicher neue Arbeit entstehen. Die zentrale Frage für Politik und Gewerkschaften: „Wie gelingt es uns, dass es auch gute Arbeit ist?“

Mitbestimmung weiterentwickeln

Wichtig ist für Hoffmann, dass es bei der Digitalisierung nicht allein um die Frage geht, was technisch alles möglich ist, sondern dass der Mensch im Mittelpunkt der Debatte steht. Er nannte dafür drei zentrale Punkte: Die Qualifikation und Weiterbildung von Beschäftigten müsse schneller und an die Geschwindigkeiten der Digitalisierung angepasst werden. Die Digitalisierung müsse genutzt werden, um die Beschäftigten zu entlasten, zum Beispiel über neue Arbeitszeitmodelle. Drittens ist für Hoffmann klar: „Wenn sich die Arbeitswelt rasant verändert, müssen wir auch die Mitbestimmung weiterentwickeln.“

Mit Blick auf diese rasanten Veränderungen müsse die Politik zudem die kleinen und mittleren Unternehmen mitnehmen, sagte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries. Die großen Unternehmen hätten längst mit der Digitalisierung begonnen. Für mittelständische Unternehmen mit derzeit vollen Auftragsbüchern sei es deutlich schwieriger, sich neben dem Tagesgeschäft auch noch um die Zukunft zu kümmern. ■

FOTOS: SPDFRAKTION.DE (SUSI KNOLL/FLORIAN JÄNICKE); ANDREAS AMANN

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: *SPD-Bundestagsfraktion*
Verantwortlich: *Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin*
Redaktionsschluss: *21. Juni 2017*
Redaktion: *Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer*
Texte: *Gero Fischer*
Druck: *Frankenpost Verlag GmbH*

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, *Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:*
– per Post: *SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin*
– per Mail: *oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de*
– per Fax: *030/22756800*